

**SICHERHEITSPOLITISCHES FORUM NIEDERSACHSEN**  
**Prävention und Stabilisierung in Krisenregionen**  
**03.04.2017 in Hannover**

Zum wiederholten Mal folgten Vertreter\_innen aus Politik, NGOs und Bundeswehr der Einladung des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, um unter dem Motto „Prävention und Stabilisierung in Krisenregionen – Herausforderungen für die Entwicklungs- und Verteidigungspolitik im 21. Jahrhundert“ über aktuelle Herausforderungen der Sicherheitspolitik zu diskutieren.

In seiner Begrüßung betonte **Urban Überschär**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass die aktuelle Sicherheitslage weltweit dazu führt, dass wir auch im 21. Jahrhundert immer noch über Krieg und Frieden diskutieren müssen.

**Oberst a.D. Hans-Joachim Schaprian** schloss sich dieser Einschätzung an und erklärte, dass es momentan etwa 40 kriegerische Auseinandersetzungen auf der Welt gibt.

Außerdem nehme das Problem der sogenannten „failed states“, also Staaten, die grundlegende Bedürfnisse wie die innere Sicherheit ihrer Bürger\_innen nicht mehr gewährleisten können, weiter zu. Diese Staaten würden Räume bieten für Terrorismus.

Eine weitere Herausforderung, der sich die Sicherheitspolitik aktuell stellen müsse, seien die aktuell ca. 65 Millionen Menschen, die weltweit aus Staaten fliehen, in denen Kriege und Konflikte herrschen. Laut Schaprian bietet dies ebenfalls Potenzial für Konflikte.

**Christian Resch** aus dem Auswärtigen Amt berichtete anschließend in seinem Kurzstatement von seiner Arbeit als Diplomat in Somalia.

Der Ansatz, den man dort verfolgt habe, sei ein vernetzter Ansatz gewesen. Dazu gehöre zum einen, dass sich verschiedene Bereiche der Politik zur Unterstützung fragiler Staaten zusammenfinden. Im Fall von Somalia seien das Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gewesen. Außerdem sei es wichtig, dass nicht nur militärische Mittel



**Christian Resch**

eingesetzt werden, um ein Land wieder zu stabilisieren, sondern dass auch politische Aspekte berücksichtigt werden.

All diese Unterstützung müsse natürlich darauf fußen, dass die lokale Bevölkerung von sich aus Veränderungen fordert. In Somalia hätte es beispielsweise die Forderung nach der Etablierung einer föderalen Polizei gegeben, die dann vom Auswärtigen Amt auch unterstützt worden sei.

Resch machte noch einmal deutlich, dass nicht nur verschiedene Politikbereiche sich vernetzen müssen, auch die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN) oder der Europäischen Union (EU) sei für das Gelingen einer Aufbaumission wichtig, ebenso die Vernetzung mit lokalen Akteuren und Nichtregierungs-organisationen.

**Oberst i.G. Dr. Frank Richter**, Referatsleiter Strategische Grundlagen und Politische Analysen der Abteilung Politik im Bundesministerium der Verteidigung, ging im Anschluss bei seinem Vortrag auf die neuen Herausforderungen ein, der sich die Sicherheitspolitik gegenübergestellt sieht. Dazu gehören auch international agierende Terrororganisationen und die dadurch veränderte Gefährdungslage.

Auch habe sich unser Sicherheitsverständnis verändert. Weg von einem rein militärischen Sicherheitsbegriff, habe man einen modernen Sicherheitsbegriff entwickelt, der auch politische Aspekte umfasse.

Er schloss sich zudem den Forderungen von Resch nach einem vernetzten Ansatz an. Krisen können nicht mehr rein militärisch gelöst werden, sondern benötigen eine Zusammenarbeit von Militär,



**Oberst i.G. Dr. Frank Richter**

Entwicklungszusammenarbeit und den Akteuren vor Ort. Besonders bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sei die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten wichtig.

Zum Abschluss seines Vortrags spielte Richter auf die aktuelle Diskussion in den Medien an. Dabei gehe es darum, dass von Seiten der USA die Forderung an Deutschland gestellt wurde, für die Verteidigung 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auszugeben. Die Nato-Staaten haben 2014 festgelegt, dass jedes Bündnismitglied seine Verteidigungsausgaben innerhalb eines Jahrzehnts auf mindestens zwei Prozent des BIP steigern muss. Momentan liegen Deutschlands Ausgaben für die Verteidigung bei etwa 1,2% des BIP.

Richter ist der Ansicht, dass die USA mit ihrer Forderung an alle europäischen Staaten teilweise Recht hätten, da diese seiner Einschätzung nach bisher zu wenig für die eigene Sicherheit getan haben.

**Ulrich Post**, Leiter Politik- und Außenbeziehungen der Welthungerhilfe, griff erneut den Aspekt der fragilen Staaten auf. Zwar seien diese erst seit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 in den USA in aller Munde, aber das Phänomen, dass ein Staat nicht mehr in der Lage ist, die Sicherheit der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten, sei schon vorher oft aufgetreten.

Der Entwicklungszusammenarbeit seien in letzter Zeit immer mehr Aufgaben auferlegt worden – nicht zuletzt auch die Sicherheit in fragilen Staaten mit zu gewährleisten, so Post.



**Ulrich Post**

Seiner Ansicht nach könne die Entwicklungszusammenarbeit aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie zum einen nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werde und zum anderen für jedes Land, welches Unterstützung benötigt, ein an die Landesspezifika angepasster Ansatz entwickelt werde.

Der große Vorteil für Organisationen wie der Welthungerhilfe sei, dass sie in fragilen Staaten oftmals mehr Akzeptanz genießen würden als offizielle Institutionen und daher eine bessere Nähe zur Bevölkerung aufbauen könnten.

Oft sei die Arbeit von der Welthungerhilfe Nothilfe für Staaten und deren Bevölkerung. Man müsse den Fokus jedoch vermehrt auf langfristige Maßnahmen legen. Wie können

diese Erfolg haben? Man müsse die lokale Selbsthilfe fördern und politische Projekte durchführen, so Post. Nur dann könne die Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich sein.

Abschließend kam **Adis Ahmetovic**, Vorsitzender der Jusos Region Hannover, zu Wort.

Er legte seinen Blickwinkel auf die aktuelle und die vergangene sicherheitspolitische Lage in Europa. Noch vor 25 Jahren habe es auf europäischem Boden, z.B. in Bosnien-Herzegowina Krieg gegeben und mit dem Massaker in Srebrenica eines der schlimmsten Kriegsverbrechen der Geschichte.

Auch heute biete die Region wieder starkes Konfliktpotenzial, denn verschiedene Akteure würden dort ihre geopolitischen Interessen durchsetzen wollen. Auch andere Probleme, wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern des Westbalkans, stellen diese Region weiterhin vor Probleme.

Er forderte ein gemeinsames Handeln der Europäischen Union und mehr Zusammenhalt um die Staaten auf dem Westbalkan zu unterstützen.

Bei der anschließenden Diskussion ging es dann zuerst um die Frage, wie ein Umdenken von der Entwicklungshilfe hin zur Entwicklungszusammenarbeit in Afrika gestaltet werden könne.

Sowohl Dr. Frank Richter als auch Ulrich Post stimmten zu, dass man Afrika in seiner Diversität betrachten müsse. Wie allerdings eine erfolgreiche Unterstützung des Landes aussehen soll, darüber waren beide geteilter Meinung. Post betonte, dass eine langfristig gedachte Entwicklungszusammenarbeit mehr leisten kann als militärische Interventionen. Richter hingegen sah auch die Durchsetzung von nationalen Interessen in Krisengebieten als wichtig an.

Es wurde auch nach der Rolle gefragt, die Deutschland bei Interventionen einnehmen soll. Dr. Richter erklärte, dass andere Staaten oftmals eine hohe Erwartungshaltung an Deutschland hätten, aufgrund der starken wirtschaftlichen Lage des Landes. Allerdings sei es wichtig, zusammen mit den Partnern der NATO zu handeln.



**Adis Ahmetovic**

Da die hohe Anzahl von Flüchtlingen von einigen Referenten als mögliche Ursache für weitere Krisen genannt wurde, beschäftigte sich die Diskussion um die Ursachen für die Flüchtlingsbewegungen. Aus dem Publikum wurde dabei u.a. der dritte Irakkrieg und die darauf folgende Instabilität der Region als Grund genannt für die aktuelle Flüchtlingssituation. Damit einhergehend wurde das Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten während des Krieges kritisiert.

Christian Resch teilte diese Kritik nur teilweise. Er wies darauf hin, dass die Idee, eine Demokratie in fragilen, krisengeplagten Staaten zu etablieren, grundsätzlich richtig ist, um den Staat wieder zu stabilisieren. Jedoch seien manche Vorgehensweisen während des Irakkriegs nicht genug durchdacht worden.

Das Thema Waffenexporte kam ebenfalls zur Sprache. Dabei wurden u.a. die Waffenlieferungen an die Peschmerga angesprochen. Die Armee des kurdischen Autonomiegebiets im Norden des Iraks befindet sich derzeit im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) und wurde dabei auch durch Waffenlieferungen aus Deutschland unterstützt. Richter unterstützt solche gezielten Waffenexporte. Seiner Meinung nach ist es wichtig, die Akteure vor Ort militärisch zu unterstützen, die dieselben Ziele verfolgen wie Deutschland und seine Verbündeten.

Alle Referenten betonten noch einmal abschließend, dass die Sicherheitspolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn die verschiedenen Akteure an einem Strang ziehen und die Einsätze in Krisenstaaten auch mit internationalen Organisationen abgestimmt sind.



**Adis Ahmetovic, Dr. Frank Richter, Hans-Joachim Schaprian, Christian Resch, Ulrich Post (v.l.n.r.)**